V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal éxpedite par l'éditeur

2. Jahrgang · Nr. 54 · Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ **Erscheint wöchentlich**

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R. vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postsparkassen-Konti.: Österreich B-11.035, • C.S.R. 501.540, • Polen Dr. Aron Goldin 27.765, • Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 18. Mai 1934
ווינה, יום ו׳ ד׳ סיון תרצ״ד

Redaktion und Administration: **Wien, I., Adlergasse 4** (Griecheng. 3) · **Telephon R-23-0-04**

Sensation im Jerusalemer Mordprozeß:

Aba Achi Meïr befreit

London, 16. Mai. (Spzialtelegramm des „Judenstaat".) Aba Achi Meir ist heute befreit worden.

Das obenstehende Telegramm unseres Londoner Korrespondenten wird nicht verfehlen, in der ganzen jüdischen Welt ungeheures Aufsehen zu erregen. Die Nachricht besagt nichts Geringeres, als daß der gegen die drei jungen Revisionisten angestrengte Prozeß vor dem Jerusalemer Schöffengericht knapp vor dem Zusammenbruch steht.

Aba Achi Meir ist bereits befreit. Er war der Anstiftung zum Mord beschuldigt und verläßt, wie wir es seit zehn Monaten voraussagten, erhobenen Hauptes den Gerichtssaal. Das Gericht hat befunden, daß Aba Achi Meir unschuldig ist, das Gericht wird befinden, daß Abraham Stavsky und Zewi Rosenblatt gleichfalls unschuldig sind. Eine große Lüge bricht zusammen, der Versuch eines schändlichen Verbrechens an drei jungen Juden, begangen von Kolonialbriten im Verein mit jüdischen Sozialisten, ist ins richtige Licht gerückt. Der palästinensische Revisionistenführer Aba Achi Meir ist frei! Das jüdische Volk darf jubeln, die Wahrheit ist auf dem Marsch.

Die Nachricht kommt nur scheinbar unvermittelt. Die bis zum heutigen Tag durchgeführten Prozeßverhandlungen ließen bei allen jenen, die zu lesen verstehen, keinen Zweifel aufkommen, daß das Ende des Prozesses ein Ende mit Schrecken für dessen Initiatoren sein muß. Die letzten Verhandlungen brachten die Hauptbelastungszeugen auf den Plan, zwei Provokateure, zwei Spitzel, einen Juden namens Cohen und den Araber Abdul Medschid. Der eine hat eingestanden, daß er ein Provokateur ist, und hat nur noch nicht verraten, von wem er bezahlt wurde: von der Polizei der Kolonialbriten oder von den jüdischen Sozialisten. Ueber den Araber Abdul Medschid konnte der Verteidiger der drei Juden, Horael Samuel, sagen, er werde ihm nachweisen, daß er der Mörder Arlosoroffs sei. Das Dunkel hat sich gelichtet.

Das schwerste Kaliber

Die Reichsvertretung der deutschen Juden hat an Hitler folgendes Telegramm gesendet: Der „Stürmer" verbreitet eine Sondernummer, die unter ungeheuerlicher Beschimpfung und mit grauenerregenden Darstellungen das Judentum des Ritualmordes bezichtigt. Vor Gott und Menschen erheben wir gegen diese beispiellose Schändung unseres Glaubens in feierlicher Verwahrung unsere Stimme.

Das Telegramm ist erschütternd in seiner Einfachheit und Kürze. Es läßt erkennen, daß der Antisemitismus im Kampfe gegen die deutschen Juden nunmehr die schwersten Geschütze heranfahren läßt. Die Sondernummer behandelt etwa 165 Fälle vom Mittelalter an und ist mit gruseligen Illustrationen versehen.

Wie ein roter Faden, mit jüdischem Blute getränkt, zieht sich das Märchen vom Ritualmord, noch aus der alexandrinischen Zeit stammend, durch unsere Geschichte, wie in der Neuzeit das Märchen von der weltumspannenden Verschwörung Judas gegen die Arier oder das von der jüdischen Feigheit.

Durch das Aufrollen dieses Blutmärchens zeigt sich die ganze Verlogenheit der These, der Nationalsozialismus bekämpfe die jüdische Rasse und nicht die jüdische Religion. Es war von allem Anfang an klar, daß diese Behauptung unwahr ist und nur durch den Umstand hervorgerufen wurde, daß heute religiöse Unduldsamkeit in der ganzen Welt stark verpönt ist. Alle autoritären Regierungen haben dieses Erbe des Liberalismus übernommen. Der deutsche Antisemitismus hat sich aber stets gegen die jüdische Religion gewendet. Synagogen und Friedhöfe sind Stätten religiöser und nicht rassischer Pietät, aber die völkisch-antisemitische Bewegung in Deutschland hat sich traditionell in Anschlägen auf jüdische Gotteshäuser, besonders aber in Schändungen von jüdischen Friedhöfen hervorgetan. Diese Tradition wird nun wieder aufgenommen. Es zieht den Wolf eben immer in den Wald zurück.

Die These von religiöser Duldsamkeit bei gleichzeitiger rassischer Unduldsamkeit läßt sich auch sonst bei näherer Betrachtung nicht halten. Nach der modernen Antisemitentheorie sind es biologische Elemente (in erster Reihe das Blut), die für die physischen und geistigen Charakteristika eines Volkes oder einer Rasse maßgebend sind. Das religiöse Empfinden eines jeden Volkes ist also die Emanation jener seiner Eigenschaften, die ihm naturgegeben und eigen sind. Man wende nicht ein, daß es auch Japaner und Neger gibt, die der katholischen Religion angehören; die Fälle sind quantitativ bedeutungslos und lassen keine Schlüsse zu. Es fällt hingegen auf, daß die katholische Religion, die als universale Religion gedacht war (das griechische „Katholikos" heißt „allgemein"), demgemäß auch stark zentralistisch aufgebaut wurde, in Riten sich gliedert, in denen sich nationale Eigenschaften der Völker, die einst zum Katholizismus bekehrt worden sind, sich ausprägen. Zeigt schon diese gesetzliche Gliederung der katholischen Kirche eine volklich bedingte Verschiedenheit auf (römischer Ritus, griechischer Ritus, armenischer Ritus), so zeigen die in den katholischen Ländern herrschenden und voneinander abweichenden religiösen Bräuche und Sitten den Weg der Beeinflussung der Religion durch das Volkstum deutlich an.

Im gesteigerten Maße gilt das für die jüdische Religion. Die Trennung jüdischer Religion vom jüdischen Volkstum — wie es die Nazis versuchen — ist ein Unsinn. Die Genesis unserer Religion ist — im Gegensatz zu anderen Völkern — zugleich auch die Genesis unseres bewußten jüdischen Volkstums. Es sind nur zwei Aspekte derselben Wirklichkeit. Verlogen und verlegen klingt da die These von religiöser Duldsamkeit bei einer bis zum Vernichtungsdrang gesteigerten rassischen Unduldsamkeit.

Gleichzeitig mit der Nachricht über das Wiederaufrollen des Blutmärchens kommt aus Berlin die Meldung, daß die Notendeckung der Reichsbank auf 5·4 Prozent zurückgegangen ist (gegen etwa 42 Prozent Deckung der tschechoslowakischen Krone oder 75 Prozent des französischen Franken). Der geniale Kaffeehauspolitiker denkt da sofort an den wirtschaftlichen Weltboykott und den damit verbundenen Exportrückgang Deutschlands. Er ahnt damit Zusamenhänge, die — gar nicht bestehen.

Der Boykott der II. Internationale gegen Deutschland war angesichts der musterhaft demokratischen Disziplinlosigkeit in ihren Reihen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die einzelnen Sektionen in den Ländern begnügten sich mit der Ausgabe von Boykottaufrufen in mehr oder minder lauer Form. Der Mangel an ideologischer Homogenität in den Reihen der II. Internationale ging so weit, daß die ihr nahestehenden wirtschaftlichen Institutionen den Boykott nicht ausübten, ja die Cooperative Wholesale Society in London (Großhandelszentrale der englischen Arbeiterkonsumvereine) hat ihn — horch jüdischer Arbeiter! — glatt abgelehnt.

Wir wissen nicht, was die II. Internationale mit ihrem Boykott bezwecken wollte. Jüdischerseits hätte ein Boykott deutscher Waren einen Druck auf die Reichsregierung zum Ziele gehabt, um sie zum Abgehen von der Verfolgung deutscher Juden zu zwingen. Es ist allerdings zweifelhaft, ob der durch den Boykott hervorgerufene Exportrückgang allein diesen Druck ausgeübt hätte. Das Handelsvolumen Europas schrumpft seit Jahren immer mehr ein und fallende Exportziffern sind heute in einer ganzen Reihe von Staaten, so auch in Deutschland, auf der Tagesordnung. Immerhin, wäre der Boykott wirtschaftlich vernünftig organisiert worden, d. h. wäre die von Jabotynski zu diesem Zwecke geforderte Gründung einer Bank erfolgt, um den ausländischen Importeuren die Umstellung auf andere Bezugsmärkte zu erleichtern, so hätte er geklappt und es wäre damit ein Prestigekampf zwischen Judentum und einer Großmacht, wie sie Deutschland immerhin darstellt, zu unseren Gunsten ausgefochten worden. Dies hätte aber an dem nur episodischen Charakter dieses Kampfes nichts geändert, denn vom Standpunkt des Endzieles einer zionistischen Politik kann ihm nur diese Bedeutung zugemessen werden.

Jedenfalls ist der oben erwähnte ursächliche Zusammenhang nicht gegeben. Er liegt in einer ganz anderen Richtung.

In einer Reihe von Staaten ist der Weg der Deflation betreten worden, um der finanziellen und wirtschaftlichen Krise beizukommen und eine Kostensenkung in der Produktion zu erreichen. Wie schwierig dieser Weg ist, zeigen die Vorgänge in Frankreich: die Regierung senkt die Gehälter, folglich wendet sich das Odium der Betroffenen gegen sie. Aber jede verantwortungsvolle Regierung muß diesen Weg betreten. Auch Italien tat dasselbe. Hingegen scheint die Reichsregierung den Weg der Inflation gehen zu wollen, um auf diese Weise den sinkenden Export Deutschlands zu heben. Würde sie, wie dies in anderen Ländern im Zuge der deflationistischen Maßnahmen geschehen ist, nominell die Löhne senken, sie würde dadurch den Unwillen der großen Massen der Fixbesoldeten erregen. Eine Regierung, die so viel auf Popularität hält wie die deutsche, kann das nicht tun. Folglich wird der indirekte Weg der Lohnsenkung angetreten. Zuerst läßt man die Golddeckung der Noten fallen. Gesellt sich dazu eine erhebliche Vermehrung des Notenumlaufes, so ist damit der Weg zur Inflation schon geebnet. Der Geldwert beginnt zu schwanken, das Geldentwertungsrisiko muß bei jeder ordentlichen kaufmännischen Kalkulation in Betracht gezogen werden, die Preise ziehen an. Zuerst im Kleinhandel, weil ja dieser zumeist kurzfristige Kassageschäfte tätigt. Somit sind es die breiten Schichten der Konsumenten, Arbeiter und Angestellten, die die Preiserhöhung zuerst zu spüren bekommen. Ihr Odium wendet sich aber nicht gegen die Regierung, die die eigentliche Urheberin der Preiserhöhung ist, sondern gegen den Handel. Die Regierung tritt sogar als Beschützerin der breiten Massen auf, indem sie Höchstpreise für Waren festsetzt und deren Uebertretung straft. In Deutschland wurden denn auch Kaufleute wegen dieses Deliktes in Konzentrationslager geschickt. Ist der Handel mit „fremden" Elementen, also Juden, übersteigert, so wird die Regierung um so emsiger diese „Beschützungstätigkeit" der breiten Schichten der Lohnempfänger ausüben.

Jetzt erst wird der richtige Zusammenhang zwischen Ritualmordmärchen und Sinken der Notendeckung klar. Die Notendeckung sinkt nicht, weil das Ritualmordmärchen auftaucht, sondern das Ritualmordmärchen taucht auf, weil die Golddeckung der Noten sinkt, weil sich die wirtschaftliche Lage des Landes verschlimmert. Da muß das alte, aber immer wieder vom neuen sich bewährende Ablenkungsmanöver mit den Juden herangezogen werden, freilich in immer stärkerem Maße. Der Antisemitismus soll augenblicklich bis zum Paroxysmus gesteigert werden. So schmerzvoll sich dieser auch für die deutschen Juden auswirken kann, so ist doch Paroxysmus immer ein Zeichen der Krankheit des — von ihm Befallenen.

M. E. Deis.

Stand der jüdischen Weltpetition:

Die jüdischen Massen in Front

Der Sturm der Weltpetitionsbewegung hat alle Schichten des jüdischen Volkes erfaßt. Die Exekutive der Union der Zionisten-Revisionisten in Paris versendet einen Bericht über den Stand der Petitionsbewegung, dessen aktuelle Zahlen vom Endergebnis noch weit übertroffen werden werden. Die Weltpetition ist bereits jetzt das, was Jabotynski von ihr erhofft hat: eine jüdische Massenbewegung. Im nachfolgenden der Bericht der Exekutive:

Die Uebertragung der Texte der Petitionen in die Sprachen eines jeden Landes sowie die handschriftlichen Ausführungen einzelner Petitionen an den König und die Regierung von England haben naturgemäß entsprechend lang Zeit erfordert. Trotz der vielen technischen Schwierigkeiten ist der Petitionsfeldzug in einigen Ländern in vollem Gange, in anderen hat er bereits kräftig eingesetzt. Der Erfolg ist um so beachtbarer, als große Massen von Petenten in Polen, Rumänien oder Litauen die Portoausgaben für die Absendung der Petitionen an den König in der Höhe von durchschnittlich einem Schilling nicht aufbringen können.

In Polen mit einer jüdischen Bevölkerung von etwa drei Millionen Seelen wurden mehr als 130.000 Unterschriften gesammelt. In Oesterreich wurden über 40.000 Unterschriften, davon 28.000 in Wien, zustande gebracht, dort dauert der Feldzug noch fort. Die Gesamtzahl der Wähler zum letzten Zionistenkongreß in Oesterreich überschritt nicht 8630. Die Zahl der Unterschriften in der Tschechoslowakei beträgt 30.000, die in Ungarn (allein in Budapest) 20.000, die in Lettland 14.000, die in Rumänien (in acht Städten) über 10.000, die in Jugoslawien 9000. In den Vereinigten Staaten wurden allein in New York bisher 15.000 Unterschriften gesammelt. Beim Büro des Premierministers in Litauen gingen über 6000 einzelne Appelle ein. In Griechenland wurden am ersten Tage des Feldzuges 3500 Unterschriften unter die Kollektivpetition gesetzt. In Estland mit einer jüdischen Bevölkerung von 5000 Seelen wurden über 1000 Unterschriften gesammelt, in Finnland mit 1775 Juden über 400, in Charbin (Mandschukuo) mit etwa 4000 erwachsenen Juden 1300 Unterschriften.

Jüdische religiöse Kreise stehen der Petitionsbewegung sympathisch gegenüber. Die meisten Misrachi-Führer, unter ihnen Rabbi Berlin und Rabbi Fishman, haben sich für die Petition ausgesprochen. Die Agudas Jisroel hat einen offiziellen Standpunkt nicht eingenommen, aber Hunderte ihrer Führer in verschiedenen Ländern haben die Petition unterzeichnet. Hunderte Rabbiner in den Vereinigten Staaten, über 80 Rabbiner in Polen und mehrere Rabbiner in der Tschechoslowakei, in Litauen und in anderen Ländern unterstützen die Petion.

Vladimir Jabotinsky:

Jugend-Mittelstand.

Das Wort „Mittelstand“ ist kein gelungener Ausdruck, umschreibt eine genaue soziale Bedeutung nicht. Da man sich aber an das Wort gewöhnt hat und jeder weiß, was darunter verstanden wird, so bleibt es bei „Mittelstand“. Es sind jene Juden, die sich in eine besondere, streng begrenzte „Klasse“ nicht einspannen lassen wollen, die sich nicht schämen, wenn sie morgen Handwerker werden müssen oder Fabrikarbeiter, und auch nicht sträuben, morgen durch eine zufällige Erbschaft Hausbesitzer zu werden —, Juden also, denen es belanglos erscheint, ob man sie Proletarier, Intelligenzler oder Bourgeois nennt, wenn sie nur redlich ihr Brot verdienen und Juden bleiben können. Aus solchen Juden besteht die Hauptmasse des „Brith Hachajal“.

Aus solchen Menschen besteht auch die Hauptmasse des jüdischen Volkes. Von anderen Völkern wird gewöhnlich gesagt, daß ihr Kern der Bauer ist. Bei uns spielt dieselbe Rolle der klassenlose Mittelstandsjude. Er ist der Träger der bittersten Judennot, er hat die schwersten Folgen aller Anschläge gegen das Judentum zu tragen, er ist der Hauptträger aller Volkswerte, auf ihm ruhten in früheren Zeiten Kehilla und Schule, er war und ist die Grundlage des Zionismus.

Aber sonderbar: ungeachtet der Wichtigkeit seiner nationalen Mission ist unser Mittelstand in vielen Hinsichten der schwächste Teil des Volkes. Er ist nicht organisiert und macht auch nicht einmal den Versuch, sich zu organisieren. Es fehlt ihm irgendwie an „Selbstbewußtsein“. Ich habe, seit ich lebe, nicht gehört, daß irgendwo Forderungen im Namen des „Mittelstandes“ gestellt worden wären — außer in der allerletzten Zeit, da man auch für ihn Palästina-Zertifikate zu verlangen begann. Das Charakteristische hiebei ist die Tatsache, daß der Mittelstand keine Jugend besitzt. Es ist merkwürdig: alle unsere jungen Leute stammen aus dem Mittelstand, werden aber anders genannt. Auf der einen Seite sehen wir „Arbeiter“-Organisationen, auf der anderen „Akademiker“-Korporationen; seit ich lebe, habe ich nicht davon gehört, daß eine Jugendorganisation sich nicht der Angehörigkeit zum Mittelstand geschämt hätte oder daß sie in dessen Namen aufgetreten wäre, und es scheint mir, daß der erste Versuch, gerade die Jugend des Mittelstandes ohne Klassenmarke zu organisieren, der „Brith Hachajal“ ist. Darin liegt vielleicht sein bedeutsamster, verantwortungsvollster Vorzug. Es ist ein ganz neues Experiment, nicht nur im nationalen, sondern auch im sozialen Sinn. Gelingt dieses Experiment, so wird es vielleicht eine große, ja gewaltige Aenderung im jüdischen Volksleben darstellen.

Das Wort „Jugend“ bedarf hier gleichfalls eines Kommentars. In den Ostländern hat dieses Zauberwort einen engen, sehr begrenzten Rahmen. Vor kurzem las ich zufällig den russischen Schriftsteller Turgenjeff und fand plötzlich dort dieses Kompliment: „Er war ein ziemlich alter Mann, an die Vierzig schon.“ Das ärgerte mich: Was, als die heutige Barmizwah-Jungen erst geboren wurden, war ich schon ein ältlicher Herr? Aber ich halte das auch objektiv für einen Irrtum. Hier, in den Westländern ist man dank besserer Lebensorganisation mit vierzig Jahren noch nicht „alt“, im Alter von fünfunddreißig gilt man noch als „jung“, nicht nur vor sich selber, sondern auch bei den Damen. Ich will natürlich nicht leugnen, daß die schönste Zeit des Lebens die um die zwanzig Jahre ist, aber die produktivste Zeit eines Menschenlebens ist um das dreißigste Jahr. Und das bringt uns wieder zurück zum ersten Menschenmaterial des Brith Hachajal, zum ersten Experiment der Organisierung nicht nur des „Mittelstandes“, sondern gerade auch des „jungen Mittelstandes“.

Es ist, wie gesagt, ein verantwortungsschweres Experiment, aus dem eine nationale und soziale Mission gefolgert werden muß, die darin besteht, eine ökonomische und gesellschaftliche Sanierung und Konsolidierung des klassenlosen Mittelstandsjudentums zu finden, jene Formen kollektiver Selbsthilfe zu finden, die ihm die Möglichkeit gibt, seine Luft-Wirtschaft in eine Wirtschaft mit Boden unter den Füßen zu verwandeln. Daß das zur Gänze nur im eigenen Land durchgeführt werden kann, wissen wir alle; aber auch unter den Umständen unserer Galuth-Existenz muß es (zumindest in normalen Zeiten, wenn schon nicht in der heutigen Aera des Weltruins) die Möglichkeit für eine gewisse Gesundung unseres staatserhaltenden Elements geben.

Und noch wichtiger ist das in Palästina. Dort ist der „Mittelstand“ doch sicherlich das „staatserhaltende“ Element, die einzige Grundlage des Gleichgewichts, das sicherste Gegengift gegen allerlei Verrücktheiten, die die Luft unseres Altneulands beherrschen und verpesten. Leider aber bringt der klassenlose Mittelstandsjude dorthin seine Ratlosigkeit mit, seinen in der Galuth erworbenen Minderwertigkeitskomplex, leider sieht er sich selbst als eine Art Bürger zweiter Klasse an — „kein Arbeiter und kein Kapitalist“, ein Zwitter ohne Gegenwart und ohne Zukunft und ohne Recht, den Mund aufmachen zu dürfen. Ich bin dessen sicher, daß dieses Gefühl nicht die organische Folge aus einer objektiven sozialen Sachlage ist, sondern einfach eine psychologische Erkrankung. Welcher objektive Unterschied besteht im sozialen Sinn zwischen einem jüdischen „Mittelständler“ in Palästina und meinen Nchbarn in Paris, den französischen Kleinbürgern? Diese aber sind stolz, stehen auf beiden Beinen, sie haben „Haltung“ — und beherrschen auch Frankreich und haben Frankreich nach dem Jahre 1870 vor dem Untergang gerettet, vor dem Panamaskandal, vor der Dreyfuß-Affäre, und werden Frankreich auch vor der Stavisky-Affäre retten.

Worin soll die Mittelstands-Sanierung bestehen? Ich bin kein Soziologe und kann keine konkreten Ratschläge geben. Ratschläge helfen auch nicht. Wem eine objektive Mission auferlegt ist, der muß selbst alle Experimente durchmachen, die siebenundsiebzig Niederlagen zunächst bis zum Sieg am Ende.

Was mich von Anfang an zum „Brith Hachajal“ hinzog, war natürlich vor allem seine „militaristische“ Einstellung (sie sind zwar alle genau solche Militaristen wie unser Lehrer und Prophet Jesaja, da aber unsere Gegner mit diesem Wort zu spekulieren lieben, so tun wir ihnen das Vergnügen). Ich sah in dieser Einstellung nicht nur den praktischen Nutzen — den gewaltigen praktischen Nutzen eines Selbstschutzmaterials, das man in Palästina und überall sonst brauchen wird, ich erfühlte auch das Anzeichen jener psychologischen Eigenschaft, nach der es mich immer sehnte, die in meinen Augen das Schönste und Teuerste an der Betar-Jugend ist: es heißt (hier will ich justament ein „gefährliches“ Wort gebrauchen, worauf ja die Gegner spekulieren) „Abenteurertum“, die Neigung, nicht so leben zu wollen, wie der Großvater lebte, die Neigung zum Risiko, zum Wagnis. Wiewohl wir heute vom „Militarismus“ gar nicht reden, will ich dennoch den Rat geben, daß man sich nicht davor fürchte, diese Abenteurer-Neigung auch in das soziale Experiment hineinzutragen. Ausprobieren, immer ausprobieren! Je neuer der Versuch, je weniger von Präzenzfällen gestützt, um so besser. Was sind denn alle Präzendenzfälle wert? Die größten Banken haben Bankrott gemacht, das englische Pfund ist gefallen, ein solcher Leviathan wie der deutsche Export fällt und fällt angesichts des Angriffs seitens eines zerstreuten Volkes von armen Teufeln. Alle alten Gesetze der „Vorsicht“, der „Solidität“ sind über den Haufen gerannt, alle „Spezialisten“ und Experten tasten im Dunkeln, irren in der Finsternis herum und verstehen weniger als ich und du. Eine neue Welt und neue Gesetze kommen auf. Die Hauptsache ist Initiative und nicht Vorsicht. Niederlage? Es werden gewiß anfangs Niederlagen zu verzeichnen sein. Aber der sicherste Weg zum Sieg heißt Niederlage.

Wauchope geht nach Genf und reist dem transjordanischen Emir nach

Jerusalem. Wie die Jerusalemer Presse meldet, hat sich High Commissioner Wauchope entschlossen, nach Genf zu reisen, um persönlich an der Tagung der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes teilzunehmen. Die Zeitungen berichten weiter, daß sich der High Commissioner bei dieser Gelegenheit während des Aufenthaltes Emir Abdullahs von Transjordanien im Monat Juni anwesend zu sein.

Die Geschichte um den Emir von Transjordanien wird immer phantastischer

Jerusalem. Die arabische Presse veröffentlicht phantastische Meldungen über ein angeblich zwischen Emir Abdullah, dem Herrscher von Transjordanien, und den Zionisten abgeschlossenes Geheimabkommen, betreffend die Zulassung jüdischer Einwanderung nach Transjordanien. »Dschamea el Arabia«, das Organ des Großmufti, behauptet, schon seit längerer Zeit über die mit dem Emir geführten geheimen Verhandlungen unterrichtet gewesen zu sein. Die arabische Presse behauptet, daß diese Verhandlungen zwischen Emir Abdullah und den zionistischen Vertretern Shertok und Weizmann mit Zustimmung des High Commissioners mit dem Ziele geführt werden, Palästina und Transjordanien zu vereinigen. — Wie der Leiter der politischen Abteilung der Palästina-Exekutive, Shertok, der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitteilt, sind alle diese Berichte der arabischen Presse völlig aus der Luft gegriffen.

Eine französische Stimme: Syrien und Palästina

Auf einem in Beirut veranstalteten Bankett hielt der ehemalige französische Minister Senator Justin Godart eine Ansprache über das Verhältnis Syriens zu den Juden und die Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Syrien und Palästina. Godart erklärte:

»Zwischen der internationalen Stellung Palästinas und derjenigen Syriens besteht ein großer Unterschied. Der Status Palästinas ist dadurch geregelt, daß alle Mächte den Grundsatz der Errichtung des jüdischen Nationalheims anerkannt haben. Die Einwanderung von Juden nach Palästina ist völkerrechtlich garantiert. Syrien aber ist ein Mandatsgebiet, das schon morgen seine völlige Unabhängigkeit erhalten kann. Demnach steht es im frei, Juden Gastfreundschaft zu gewähren oder zu verweigern. Was mich betrifft, so sehe ich kein ernstes Hindernis für eine Kooperation zwischen Syriern und Juden.«

»Die Juden«, fuhr Senator Godart fort, haben in den letzten Jahren Palästina vollkommen umgewandelt, seine arabische Bevölkerung hat aus dieser Prosperität hohen Nutzen gezogen. Eine Kooperation zwischen Syrien und Palästina schließt eine Kooperation der arabischen Länder nicht aus; wir wissen aus der Geschichte, daß die Juden im Mittelalter mit den Mohammedanern eng befreundet waren. Ich habe die Lage in Palästina seit 1929 studiert und bin der Ueberzeugung, daß eine Verständigung zwischen Arabern und Juden leicht herzustellen ist. Im Lande ist Raum für beide Brudervölker.«

Dr. Benesch empfängt Zionisten-Revisionisten:

Der tschechoslovakische Außenminister über die Petitionsforderungen

Während des Aufenthaltes des tschechoslovakischen Außenministers Dr. Edouard Benesch in Karpathorußland empfing er eine Deputation der tschechoslovakischen Revisionisten, bestehend aus den Herren Dr. Lövi–Koschice, Dr. Spiegel–Mukacevo und Herrn Jakubowits–Uzhorod.

Dr. Spiegel überreichte dem Minister ein Memorandum betreffs der in der Tschechoslovakei laufenden Petitionsbewegung und bat den Minister, diese Bestrebungen bei den entsprechenden Stellen zu unterstützen.

Herr Dr. Benesch antwortete u. a:

„Ihre Forderungen sind gerecht. Der Herr Präsident und ich haben bei der englischen Regierung stets Ihre Bestrebungen gefördert. Als Referent für diese Fragen in Genf werde ich Ihre gerechte Sache unterstützen. Seien Sie meiner aufrichtigen Förderung gewiß."

◆◆◆

Betrachtungen englischer Zeitungen:

Krieg in Arabien und Palästina

London. In Verbindung mit dem siegreichen Vormarsch der Streitkräfte des Sultans Ibn Saud zwecks Besetzung des Jemen stellen englische Zeitungen Betrachtungen über die mögliche Rückwirkung der Entwicklung in Südarabien auf andere arabische Länder, darunter auch Palästina, an. So schreibt die »Yorkshire Post«: Es taucht die Frage auf, ob nicht die Ereignisse im Jemen unerwünschte Auswirkungen auf Palästina und Transjordanien haben könnten, insbesondere wenn die Ereignisse und die angeblichen Absichten Ibn Sauds im Lauf der Zeit, bis sie zu den Arabern Palästinas und seines Nachbarstaates gelangen, aufgebauscht und entstellt werden. Das Ansehen Ibn Sauds würde durch den Zusammenbruch der jemenitischen Streitmacht, die man für gefestigt hielt, zweifellos erhöht werden. Die möglichen Einflüsse auf die arabische Bevölkerung Palästinas müssen mit einer gewissen Beunruhigung verfolgt werden.

Einen durchaus optimistischen Standpunkt nimmt Kenneth Williams im »Observer« ein. Er glaubt, daß es keine unüberwindlichen Komplikationen geben werde. Die Beziehungen zwischen dem Reich Ibn Sauds und England seien gute. Auch Ibn Sauds diplomatische Verbindungen mit dem unabhängigen Irak und mit dem Mandatsstaat Transjordanien seien zufriedenstellend. Die Frage der Herrschaft über Innen-Arabien sei eine rein arabische Angelegenheit. Die lebenslängliche Herrschaft Ibn Sauds über die ganze Halbinsel würde nach der Ansicht des Verfassers, der den König für den hervorragendsten Araber seiner Zeit hält, keine Komplikation, sondern eine Vereinfachung in den Beziehungen zum Ausland bedeuten. Was andererseits die stärker besiedelten arabischen Länder nördlich des Wahabitenreiches, Irak, Transjordanien, Palästina und Syrien, anbelange, so würden sie aller Wahrscheinlichkeit nach längere Zeit von der Entwicklung unberührt bleiben. Ibn Saud sei ein Mann, der stets auch das meine, was er sagt, und der niemals gezögert habe zu sagen, was er meint. Er habe sein Wort gegeben, daß er diesen nördlichen Ländern gegenüber Frieden halten werde. Man könne seinem Wort vertrauen.

Kommunisten „lösen" die Judenfrage

Die jüdische Presse bringt ein kurzes Telegramm: »Biro-Bidschan — eine jüdische Republik!«

Syrien, Libanon, Equador, Angola, Krim und nun Biro-Bidschan, der neue »Judenstaat!« Wieder überschütet die kommunistische Internationale den armen Juden mit Erklärungen und Versprechungen. In den letzten Jahren hat die Sowjetregierung schon oft die »Lösung« der Judenfrage unternommen. In Wirklichkeit geht es ihr nicht um die leidenden Juden, welche doch ein »antisoziales Element« sind. Die Juden bilden doch nur eine Kaste, deren Probleme automatisch mit der Lösung der sozialen Frage durch die proletarische Revolution verschwinden. Das Interesse der Kommunisten konzentriert sich auf zwei für sie viel wichtigere Fragen. Einerseits ist der Antisemitismus, wie man den vielen Gerichtsurteilen in Rußland gegen Antisemiten entnehmen kann, noch immer eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das herrschende System, andererseits bemüht sich die III. Internationale, die jüdischen Massen zu gewinnen, welche dank ihrer anormalen sozialen Struktur und trostlosen wirtschaftlichen und kulturellen Lage ein ausgezeichnetes Material für revolutionäre Tätigkeit abgeben könnten.

Diese Tendenz des Kommunismus und seiner offiziellen staatlichen Vertretung der Sowjetunion ließ das Projekt der Krimkolonisation entstehen. Die ganze jüdische Welt wurde alarmiert und alle Anti- und Nichtzionisten, auch die Jewish Agency-Herren schickten ihre Millionen zum Bau der neuen jüdischen Heimat nach Rußland. Die Sowjetregierung war nicht fähig, die Kolonisation durchzuführen, die einheimische Bevölkerung leistete trotz des Druckes von oben Widerstand und von den 341.000 Hektar Boden, die den Juden zur Verfügung gestellt wurden, wird kaum der dritte Teil bearbeitet. 12.000 Einwanderer sollten laut Plan Anfang 1933 in der Krim angesiedelt sein, nur 9300 wurden registriert, von denen kaum 4000 im Lande blieben. Die Tatsache, daß im entsprechenden Zeitraum (bis Anfang 1933) über 5000 Juden wieder auswanderten und heute unter den schrecklichsten ökonomischen und politischen Bedingungen in den Heimatstädtchen ihr Dasein fristen und, daß man nur 33% des Krimplanes verwirklichen konnte, war der Todesstoß für die erste kommunistische »Judenkolonisation«.

Nun begann der jüdische Kommunismus Wege zur »Lösung« der Judenfrage zu suchen. Während die Krim nur eine nichtoffizielle Judenrepublik werden sollte, wurde in Biro-Bidschan die Schaffung des ersten »Judenstaates« proklamiert. »Geserd« verschärfte seine Propaganda-Aktion, man sprach von Begeisterung in der jüdischen Welt, denn schon nahte der Tag der »Lösung« der Judenfrage. Alle Hebel des allsowjetischen und internationalen Apparates der kommunistischen Partei wurden in Bewegung gesetzt, der »Jude« Otto Haller bekam den Auftrag, in großer Eile eine Reise nach Biro Bidschan zu unternehmen, um dann in einem ausführlichen Werk vom Untergang des Judentums zu schreiben. Die Emigration wurde in Angriff genommen, der ewige Jude war am Ziel. 70 Emigranten aus Deutschland, einige Genossen aus Litauen, Lettland und Palästina kamen in das neue Paradies. Und über die Bedingungen in diesem gelobten Land, konnte man sich am 26. November vorigen Jahres im kommunistischen »Emes« aus einer Korrespondenz unter dem Titel »Im Kampf gegen alle Schwierigkeiten« informieren. Die Zeitung schrieb: »Nicht wenig haben die neuen Einwanderer erlebt. Die Bedingungen waren sehr schwer und auch die primitivsten Lebensbedürfnisse konnten nicht befriedigt werden.

Vom ersten Moment an erwies sich die Direktion als unfähig, die Kolonisation zu leiten. Qualifizierte Arbeiter mit langjähriger Praxis mußten Schwarzarbeit leisten, Steine klopfen und Wasser pumpen. Der Lohn war kleiner als die geleistete Arbeit und nicht selten wurden gesellschaftliche Gelder defraudiert. Diese Bedingungen verursachte eine starke Abwanderung der Arbeitskräfte. Im Bauwesen herrschte große Planlosigkeit und viele Häuser müssen umgebaut werden. Mißwirtschaft bemerkt man auf Schritt

---

David kommt ins Land

Drei Monate Marsch auf der Landstraße hat David bereits hinter sich. Nach vielem Staubschlucken und Tippeln erreicht er endlich den eigentlichen Weg, der zum ersehnten Ziele führt. David ist in Beirut. Begonnen hat es in Frankreich. Was hätte er auch sonst unternehmen sollen? In Deutschland, in der Stadt Mannheim, war David als Bäckergehilfe tätig. Er arbeitete fleißig und schwer, verdiente sich wahrhaft redlich sein Brot. Da kam der Umsturz. Als Jude und Staatenloser wurde er entlassen. David ging nach Frankreich. In Paris gelandet, sucht er vergebens nach Arbeit und ist auf eine kärgliche Unterstützung des Flüchtlingskomitees angewiesen. David aber kann sich mit einem solchen ziellosen Leben nicht zufriedengeben. Er war immer ein arbeitsamer Mensch gewesen und jetzt sollte er vom Gnadenbrot zehren? Die Unterstützung wurde überdies immer knapper. David, des müßigen Herumlungerns immer überdrüssiger, faßt zu guter Letzt den Entschluß, nach Palästina auszuwandern. Aber wie macht man das nur? David sieht sich sofort Schwierigkeiten und Hindernissen ohne Zahl gegenübergestellt. Soll er etwa warten, bis er ein von den verschiedensten Parteivertretern des Palästinaamtes erschachertes Zertifikat bekommt? „Nein, bei Gott nicht", denkt sich David. „Bis diese zionistischen Herren zur Ansicht kommen, daß ein Mensch wie ich ins Land muß, wird mich das kühle Grab im schönen Paris decken, wogegen übrigens die englische Regierung nichts einzuwenden haben wird!"

Palästinaamtszertifikate der englischen Regierung sind also kein Weg. Und David ist fest entschlossen, sich selbst den Weg zu bahnen. Er war ja immer ein Mensch der Tat. Schon in seiner früheren Heimat, in einem Städtchen Galiziens, und dann in Mannheim, haßte er die Vereinsmeierei der „Zionisten", deren ganzes Um und Auf schön gehaltene Reden und gewürzte Diskussionen sind. Er hielt sich daher von ihnen fern, wenn sie ihm auch das Ideal zu verleiden nicht vermochten. Jetzt wollte er zeigen, wie man nach Palästina auszieht.

Mit dem kleinen Bündel Habseligkeiten machte er sich auf den Weg. Sein einziges Reisedokument war — ein Interimspaß. Es ging durch Frankreich, die Schweiz, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien und Griechenland. Teils zu Fuß, teils im Wagen, wenn ihn jemand aus Gefälligkeit ein Stück Weges mitnahm. Von Athen fuhr er mit dem Schiff nach Syrien. Es war eine schwere, gefährliche Sache, aber es gelang. Als Matrose verkleidet, machte David die Schiffahrt mit. Alles klappte...

Nun ist David in Beirut. Jetzt heißt es, die syrische Grenze nach Palästina schmuggeln. Vor allem wollte David unter Juden kommen, um zu erfahren, wie die Sache angepackt werden muß. Nach langem Fragen gelangt David ins jüdische Viertel. Vor einem kleinen Bethaus begegnet er zwei Burschen. Es stellt sich heraus, daß auch sie dasselbe Ziel haben: Palästina. Die Zwei, Jungen aus Rumänien, freuten sich unmäßig, einen Dritten im Bunde, einen neuen „Illegalen" gefunden zu haben. David mußte lächeln beim Hören des Wortes „illegal". Er erinnerte sich des Juden in Belgrad, eines Zionisten. Also er, meinte der Brave, rate als alter, erfahrener Zionist David vom Herzen ab, auf illegalem Wege nach Palästina zu gehen. Vor allem setze man bewußt sein Leben aufs Spiel, dann könne man später im Lande selbst nur sehr schwer existieren, man sei immer der Gefahr der Deportation ausgesetzt. David stieg damals das Blut ins Gesicht. Von einem Zionisten eine so feig erklügelte Berechnung vernehmen zu müssen! David hatte dem braven Mann damals geantwortet: „Ja, ja, Sie haben recht, aber das größte Verbrechen am Zionismus begeht man dann, wenn man ihn mit Bequemlichkeit identifiziert. Bis jetzt war alles bei den meisten Zionisten nur Vereinsangelegenheit. Ich bin kein Theoretiker, kein Ideologe, aber mein gerader Menschenverstand sagt mir, daß Zionismus Befreiungskampf ist. Wir Juden kämpfen um unsere Befreiung in unserem Lande Erez-Israel. In diesem Kampf muß alles eingesetzt werden, auch die eigene Person. Was heißt ‚illegal'? Nach Hause geht man etwa illegal? Palästina ist unser Eigentum. Niemand in der Welt ist imstande, es uns zu rauben. Dort sind wir als Volk geboren, dort wollen wir als Volk weiterleben. Und jüngst im Weltkriege, bei der Eroberung Palästinas von den Türken, haben wir da nicht gekämpft, ist nicht der heilige Boden mit jüdischem Soldatenblut getränkt worden? Auch jetzt muß die jüdissche Jugend kämpfend in Massen nach ihrer Heimat strömen. Was Verbot! Was Illegalität! Soll die Welt sehen, daß eine revolutionäre Kraft im jüdischen Volke lebt, die, allen Hindernissen zum Trotz, nach Palästina drängt. Deportieren? Revolutionäre Kämpfer lassen sich nicht aus dem eigenen Lande vertreiben." So sprach damals David zum zionistischen Biedermann in Belgrad, und jetzt wiederholte er es den zwei neuen Weggenossen. Ihnen leuchtete es allerdings ein. Sie waren froh, einen Führer auf dem gefahrvollen Weg gefunden zu haben, der über die syrische Grenze nach Palästina führt.

Am nächsten Morgen waren die zwei Jungen aus Rumänien von einem solchen Erwartungsfieber ergriffen, daß sie kaum etwas essen konnten. David hingegen war ruhig und schaute ernst drein.

Nachmittags traten sie den Weg an. Die Sonne ging nur langsam im flammenden Rot am Horizont unter, die Luft war klar, hie und da blies ein leichter Wind den drei Wanderern ins Gesicht. Sie gingen mit festen Schritten, ihre Herzen schlugen immer schneller — vor Erwartung. David zeigte ihnen beim Verlassen der Stadt die Wege, die zu nehmen sind. Die zwei Jungen nickten nur stumm zu. Sie waren zu allem bereit.

Die Nacht brach herein, eine finstere Nacht. Es war Monatsende und daher finster. Sie machten halt, um ein wenig auszuruhen. David sagte, man müsse darauf gefaßt sein, an der Grenze selbst das schnellste Tempo einzusetzen. Er gab ihnen die letzten Weisungen, wie sie sich zu verhalten haben. Die zwei Jungen gaben keinen Laut von sich, sie blickten nur zustimmend David an.

Nach Mitternacht schlichen sie hart an der Grenze im Dunkeln dahin. Sie waren ungefähr 200 Meter von der Grenzwachstube entfernt und hatten vor einigen Minuten die letzte Grenzpatrouille vorüberziehen gesehen. Der Weg war hügelig, es ging bergauf, bergab. Ab und zu warfen sie sich zu Boden und lauschten. Mit vorgebeugtem Oberkörper schlichen sie langsam, langsam über die syrisch-palästinensische Grenze. Plötzlich ein Geräusch. Ein Licht blitzt auf. Die Grenzwache hat sie erblickt! „Halt!... Halt!..." schrillt es durch die finstere Nacht. David gibt das Zeichen zum Laufen. Schüsse knallen. Sie rasen immer weiter. Inzwischen ist es Tag geworden. David mit den zwei Jungen ist bereits vor Metula, dem Vorposten des jüdischen Palästina, angelangt. Sie blicken um sich. Niemand werden sie gewahr. Sie sind den Krallen der englischen Häscher entwichen! Erschöpft werfen sie sich zu Boden. Sie küssen ihn, den heiligen Boden, den Boden Erez-Israels. Einer ruft: „David, du blutest... hier am Fuß!" David sieht hin, betastet kaltblütig die verletzte Stelle. Ein Streifschuß war es. Er lächelt, drückt sich noch fester an den Boden und küßt ihn von neuem. Das Blut versickerte langsam in den Sand. Wieder einmal trank der palästinensische Boden jüdisches Blut . . .

Jakob Feder.

und Tritt. Während der starken Regengüsse wurden die Einwanderer in ihren Baraken durchnäßt, da sie keine speziellen Kleider erhielten. Frauen arbeiten barfuß beim Steineklopfen und Wasserpumpen, trotzdem das Lager mit Holz und Spänen überfüllt ist. Noch schlimmer steht es um die Ernährung. Selbst Kinder erhalten keine spezielle Nahrung. Die Kuhställe sind in einem schauderhaften Zustand. Die Kühe stehen während des Regens tief im Kot und deshalb geben 35 Kühe kaum 16 l. Milch täglich«.

Nach dem traurigen Los der Krim-Kolonisation der Bankrott im Biro Bidschan. Aber nun ist Biro-Bidschan denn doch eine »jüdische Republik« geworden. Der Name macht sich nicht schlecht, die Sowjetkommunisten haben mit einem Schlag die Judenfrage gelöst!

*

Der Kommunismus weiß, was er tut, er darf in dieser für ihn so schweren Stunde nicht ruhen, denn er erleidet auf allen Fronten Niederlage um Niederlage. In Italien, Oesterreich, Deutschland und vielen anderen Ländern ist die kommunistische Bewegung zertrümmert. Jetzt muß er also erst recht die Juden für sich gewinnen, um mit Hilfe jüdischen Not und jüdischen Elends seine Position zu retten. Zu diesem Zwecke ersteht der Biro-Bidschanplan wieder, diesmal in Form einer bereits proklamierten »jüdischen Republik«. Kaligin gibt Erklärungen, die Sowjetunion lobt und verspricht und die jüdischen Kommunisten trommeln das Signal in den Tag hinaus: »Die Lösung der Judenfrage«. Sie kommen zu spät! Das jüdische Volk erinnert sich an die großzügigen Versprechungen der Sowjetregierung, welche nicht erfüllt wurden. Der jüdische Arbeiter und die jüdische Jugend glaubten nicht an Biro-Bidschan, als man ihnen im März 1928 die Uebersiedlung von hunderttausenden Juden im Laufe von fünf Jahren versprach und sie glauben auch heute nach sechs Jahren sowjetischer Kolonisationstätigkeit, während welcher 11.000 Juden übersiedelten, nicht, daß im nächsten Jahre 10.000 Juden angesiedelt werden. Die leidenden jüdischen Massen werden die Herren vom »Untergang des Judentums« auch in ihrem »neuen Judenstaat« wiedererkennen und sie den Predigern von Equador und Angola, von Kanada und Australien gleichstellen.

M. Ehrenberg.

Die Petitionskampagne in Oesterreich

Wie in der ganzen Welt, hat auch in Oesterreich in den letzten Wochen die Petitionsarbeit mit großer Vehemenz wieder eingesetzt. In allen Bezirken sah man Tag um Tag unsere freiwilligen Mitarbeiter alle jüdischen Einwohner aufsuchen und sie zur Petitionsunterschrift auffordern. Die noch vor einiger Zeit vorhanden gewesene ablehnende Stimmung gewisser jüdischer Bevölkerungskreise zur Petition hat sich völlig gewandelt. Die systematische Aufklärungsarbeit durch Versammlungen und Flugschriften hat ihre Wirkung getan. Jeder Jude ist über die Petition und ihre Bedeutung genau informiert und gibt mit Freude seine Unterschrift.

Wien, die erste Stadt der Welt, die mit der Petitionsarbeit eingesetzt hat, wird die Petition mit einen ganz großen Erfolg beenden. Täglich laufen zahlreiche Petitionsbogen im Sekretariat ein. Obzwar die Zählung noch im vollen Gange und der Abschluß der jetzigen Etappe erst für nächste Woche angesetzt ist, kann mit einer ganz überraschenden Zahl von Unterschriften gerechnet werden.

Auch aus der Provinz, die mit der Petitionsarbeit erst später begonnen hat, sind die Berichte sehr zufriedenstellend.

An die Freunde unseres Blattes!

Über Wunsch der Exekutive der Weltunion der Zionisten-Revisionisten haben wir die Zeit vom 1. Mai bis 1. Juni zum Werbemonat für unser Organ „Der Judenstaat" bestimmt.

Unser Organ ist die einzige deutschsprachige Zeitung der revisionistischen Bewegung. Es ist in der heutigen Situation unbedingt notwendig, daß unsere Zeitung die weitestgehende Verbreitung findet. Unser Führer Vladimir Jabotinsky legt größten Wert darauf und erwartet die Mithilfe aller unserer Freunde.

Wir wollen den Werbemonat in der Weise organisieren, daß wir in jeder Stadt eine Vertrauensperson bestimmen, die im eigenen Wirkungskreis die Werbung von neuen Abonnenten durchführt. Die Werbung muß von Mann zu Mann erfolgen, mit dem Ziel, unseren derzeitigen Abonnentenstand zumindest zu verdoppeln.

Jede Gruppe, bzw. jeder einzelne Mitarbeiter erhält bei Einsendung von mindestens zehn neuen Abonnenten, bei gleichzeitiger Überweisung der Abonnementsgebühren, ein großes Bild unseres Führers Vladimir Jabotinsky, bei Werbung von 20 neuen Abonnenten ein Jahresabonnemenn unserer Zeitung gratis. Für je weitere zehn neue Abonnentet je ein Jahresabonnement.

Über Verlangen sind wir bereit, an uns aufgegebene Adressen Probenummern zu senden.

Die Administration.

Der große Prozeß — der arabische Königsplan:

Brief aus Palästina

Haifa. Das Hauptgespräch des Tages bildet, wie bisher, der Arlosoroff-Prozeß. Während er aber früher Ursache heftiger Auseinandersetzungen zwischen Revisionisten und durch die Blutlüge verhetzten Sozialisten war, so hat er heute bereits als innerjüdisches Streitobjekt viel von seiner ehemaligen Bedeutung verloren. Und wenn auch noch jetzt die Wühlarbeit der Histadruth hinter den Kulissen des Prozesses keineswegs aufgehört hat, der überwältigende Teil des jüdischen Elements im Lande, insbesondere der kleine Mann auf der Straße, ist zutiefst von der völligen Unschuld der Angeklagten überzeugt. Besonders in den religiösen Schichten des Jischuws hat sich die Oppositionsstimmung gegen die Anklage zu in diesen Kreisen selten gezeigter Aktivität gesteigert. Zu Hunderten stehen die frommen Juden Jerusalems vor den Toren des Gerichtes und bringen den vorbeigeführten Angeklagten stürmische Ovationen dar. Großes Aufsehen erregte auch die Rabbinerproklamation, die den ganzen Jischuw zum Kampfe für die Befreiung der drei Angeklagten aufruft. Unterzeichnet haben diesen Aufruf alle hohen Rabbiner mit dem berühmten Oberrabbiner Kook an der Spitze, ferner Rabbi Meir Bertin und Herr Farbstein (Misrachi), der bekannte Bauernführer Mosche Smilanski (Allgem. Zionist), Professor Klausner, Ben Zion Katz und verschiedene andere Persönlichkeiten des Jischuw.

So ist heute ganz Palästina bis aufs äußerste gespannt und wartet mit Bangen auf das Ende des Prozesses.

Es ist wohl noch verfrüht, Kombinationen über den Richterspruch in Jerusalem anzustellen. In verbrecherischer Weise hat die unfähige Palästinapolizei nur die ihr von der Histadruth eingegebene Spur verfolgt und die sich im Laufe der Untersuchung ergebenen anderen Möglichkeiten nicht im geringsten in Betracht gezogen. Sollte nun jetzt auch noch das Jerusalemer Schöffengericht der Meinung sein, diese mehr als eigenartige Voruntersuchung gelten lassen zu müssen, so besteht große Gefahr, daß sich dieser Prozeß zu einer zweiten Dreyfuß-Affäre mit unvorstellbar bösen Folgen erweitert.

*

Vor einigen Wochen schrieb eine arabische Zeitung, daß man vor einer Wiedervereinigung Transjordaniens mit Westpalästina — unter dem gemeinsamen König Abdalla (dem Emir von Transjordanien) stünde. Die zionistische Presse Palästinas maß dem keine Bedeutung bei und überging diese Meldung mit dreizeiligen Notizen. Das arabische Blatt sollte aber mit dieser Ansicht durchaus nicht vereinsamt bleiben, denn das nun publizierte Gerücht wollte nicht verstummen, und in wenigen Wochen hallte es bereits in der gesamten arabischen Levantepresse wieder. In Syrien und im Irak, im Ost- und im Westjordanland und drüben in Aegypten steht dieses Thema bereits auf der Tagesordnung der arabischen Diskussion: „Emir Abdalla, König von Palästina zu beiden Seiten des Jordans." Der christlich-arabische „Falastin" wird sogar konkreter und bringt folgenden „Kompromißvorschlag": Westpalästina soll in drei Zonen geteilt werden. Und zwar soll einer großen arabischen Zone eine neutrale Zone (Jerusalem und die christlichen Städte) und eine winzige jüdische Zone gegenüberstehen. Die jüdische Zone soll umfassen: Tel-Awiw und nähere Umgebung, einige Küstenflecken zwischen Tel-Awiw und Haifa und Teile des Emek-Tieflandes. Der Name dieses Distriktes soll Erez-Israel lauten und Hebräisch soll dort als offizielle Sprache gelten. Dafür sollen dann alle anderen Gebiete, Transjordanien eingeschlossen, zum gemeinsamen arabischen Königreich unter Emir Abdalla vereinigt werden, wobei dort selbstverständlich jedwede Niederlassung oder Kolonisation der Juden verboten ist.

Dies der arabische Vorschlag.

Wie ist nun das jüdische Echo? Wird dieser dummdreiste Vorschlag empört zurückgewiesen? Weit gefehlt. Unsere Offiziellen à la Schertok und Ben Gurion lassen sich auch durch diese neueste arabische Herausforderung nicht in ihrer Ruhe stören. Sie schweigen mit selbstmörderischem Fatalismus und werden auch weiterhin nichts von Bedeutung unternehmen. Die offizielle zionistische Politik ist ja gewöhnt, vor fertige Tatsachen gestellt zu werden. So war es bei der Losreißung Transjordaniens, so war es bei der Frage des Parlamentes und so wird es vielleicht auch mit diesem teuflischen Plan sein, wenn vorher keine Aenderung eintritt.

Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser Vorschlag den Brith-Schalom-Politikern wahrscheinlich sogar große Freude bereitet, da sie ja auf diesem Stückchen Boden, das gerade noch dem Besitze dreier Großgrundbesitzer entspricht, ungestört ihr „geistiges Zentrum" fabrizieren könnten.

Auch Emir Abdalla selbst, der nun gute Luft wittert, benimmt sich bereits so, als ob er legaler Thronfolger Palästinas wäre. Denn in einem seiner letzten Berichte an den High-Commissioner hatte er die Keckheit, sich offen in die Verhältnisse Westpalästinas hineinzumengen — er machte Vorschläge, die auf eine weitere Einschränkung der jüdischen Rechte in Palästina hinauslaufen.

Von englisch-offizieller Seite ist bisher noch keine Erklärung zu diesen neuesten arabischen Bestrebungen abgegeben worden.

All dies zeigt, daß sich der politische Horizont nun weiter stark verschlechtert hat. Heute noch arabisches Gerede, kann es morgen bereits eine akute Gefahr sein, die dann die letzte und endgültige Liquidation der Balfour-Deklaration und des jüdischen Nationalheims bedeuten würde.

Schlomo Bet-Eli.

Aus Palästina

Haifas Budget im neuen Finanzjahr

Während die Stadt Haifa im neuen Finanzjahr 1933/34 ihren Haushalt mit rund 57.00 Pfund abschloß, ist soeben füür 1934/35 ein Budget in Höhe von 75.800 Pfund genehmigt worden. Die überaus günstige Finanzlage, dank konjunkturell bedingter hoher Steuererträge, arlaubt es, im neuen Jahr ein außerordentliches städtisches Bauprogramm, besonders für Kanalisation, im Umfange von 34.300 Pfund durchzuführen.

Kapitalerhöhung bei „Rutenberg"

In Finanzkreisen verlautet, daß die »Palestine Electric Cooperation, Ltd.« (Rutenberg-Werk), eine Kapitalerhöhung plane, wobei es jedoch noch fraglich sei, ob die Zeichnung allgemein zugänglich sein werde. Bekanntlich ist der gegenwärtige Aktienbestand in festen Händen.

Neue Bankgründung

Eine Kapitalistengruppe aus Amerika hat die Gründung einer »Amerikan-Palestine Bank, Ltd.«, in Tel Awiw in die Wege geleitet.

12 Milionen Depositen

Nach privater Schätzung belief sich der Gesamt-Depositenbestand bei den palästinensichen Banken Anfang April 1934 auf rund 12 Millionen LP, demgegenüber — nach damaliger Regierungsstatistik — zum gleichen Zeitpunkte des Vorjahres auf 7 Millionen LP und Anfang April 1932 auf $4^1/_2$ Millionen LP. Da der Kapitalimport der letzten zwölf Monate etwa 8 Millionen LP betrug, dürfte er, wenn man beim obigen Depositenzuwachs auch die eigenen Ersparnisse der Landesbevölkerung angemessen berücksichtigt, sich etwa zu gleichen Teilen den Investierungsmöglichkeiten und den Bankeinlagen zugewandt haben.

Galvanisieranstalt in Tel Aviv

In Tel Awiw wird in Kürze eine Fabrik eröffnet, die sich mit Vernickelung, Verchromung, Kupferbedeckung und sonstigen Metallbearbeitungen jeder Art und Größe befassen wird. Mit der Fabrik wird gleichzeitig eine modern eingerichtete Reinigungsanstalt errichtet. Diese Fabrik wird die Errichtung von Unternehmen ermöglichen, die Metallerzeugnisse produzieren, die der Galvanisierung bedürfen.

Kosmetische Fabrik in Haifa

Unter der Firma »Sulamith« wird in nächster Zeit in Haifa eine neue Fabrik kosmetischer Erzeugnisse, die mit modernsten Maschinen und Apparaturen ausgerüstet ist, den Betrieb aufnehmen. Ihr Fabrikationsprogramm umfaßt eine Reihe bisher in Palästina unbekannter Spezialitäten.

Kredite an deutsche Juden

Die Zentralbank der Kooperativen in Palästina hat beschlossen, 10.000 Pfund für Anleihen an deutsch-jüdische Flüchtlinge in Palästina zu produktiven Zwecken, wie Ankauf von Werkzeugen und Inventar, zur Verfügung zu stellen. Die Einzeldarlehen werden 100 Pfund nicht überschreiten, die Rückzahlung muß innerhalb fünf Jahren erfolgen.

Ueberschwemmungskatastrophe in Tiberias

Jerusalem. Am 14. Mai ging über Tiberias ein Wolkenbruch nieder, der die ganze Stadt überschwemmte und eine fürchterliche Katastrophe anrichtete. Die ganze Stadt steht unter Wasser, der Sachschaden ist ungeheuer, zahlreiche Menschenopfer sind zu beklagen.

Die syrische Blamage

Die Verhandlungen zwischen den zionistischen Organisationen und den in Betracht kommenden syrischen Faktoren über den Landerwerb an der syrisch-palästinensischen Grenze östlich vom Tiberias-See sind ein Musterbeispiel dafür, wie man sie nicht hätte durchführen sollen. Die Erfahrungen, die im vorigen Jahre mit dem projektierten Landkauf in Transjordanien gemacht worden sind und die zu dem Verlust einer für die zionistischen Verhältnisse riesigen Summe geführt haben, hätten eine ausreichende Warnung sein müssen, derartige Transaktionen in der Zukunft mit mehr Umsicht, Sachkenntnis und Vorsicht durchzuführen.

Während der zwei Jahre dauernden Verhandlungen ist es Herrn Ruppin, der im Auftrage der Jewish Agency das Terrain „erworben hat", nicht gelungen, sich von der primitiven Tatsache Kenntnis zu verschaffen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen ein jüdischer Landkauf in dieser Gegend rechtlich unmöglich war. Es bestand nämlich eine Verordnung des ersten französischen Oberkommissärs, die den Landkauf durch Ausländer in den Grenzgebieten untersagte. Daß mit „Ausländern" in diesem Falle nur Juden gemeint waren, konnte nicht zweifelhaft sein. Die palästinensische Vertretung der Jewish Agency, die Herren Schertok und Dr. Ruppin, haben diese grundlegenden Voraussetzungen nicht gekannt. Diese hervorragenden Diplomaten und Fachleute haben auch eine andere ganz primitive Erkenntnis offenbar nicht besessen, daß es nämlich entscheidend ist, ob man die Erlaubnis zur Einwanderung von Juden erlangt, um den gekauften Boden besiedeln zu können. Um für die Sitzung des Aktionskomitees irgend einen Erfolg melden zu können, wurden offenbar die Dinge in letzter Minute überstürzt und unter Außerachtlassung der primitivsten Vorsichtsmaßregeln durchgeführt. Es wurde ein Kaufvertrag über das Terrain — genannt P'techah — abgeschlossen und eine Anzahlung von 5000 Pfund geleistet, die zusammen mit noch anderen aus dem Vertragsabschluß sich ergebenden Ausgaben nun offenbar ganz verloren sind — ganz abgesehen von den weiteren Zahlungen, die zweifellos aus dem abgeschlossenen Abkommen sich noch ergeben werden.

Diese vorzüglichen Diplomaten und Fachmänner sind auch nicht auf den Gedanken gekommen, daß ein solches Unternehmen außerdem einer gewissen diplomatischen Vorbereitung bedarf. Würden sie die politischen Verhältnisse in Syrien auch nur oberflächlich kennen (daß Herr Ruppin von diesen Dingen wirklich keine Ahnung hat, beweist sein Buch über Syrien), so würde ihnen sicherlich folgendes nicht entgangen sein: In den letzten Monaten war das Verhältnis der französischen Mandatsverwaltung zur syrischen Regierung besonders labil. Der von den Franzosen angestrebte Vertrag, der das Verhältnis zwischen Syrien und Frankreich ungefähr auf dieselbe Basis stellen sollte, wie es zwischen Irak und England der Fall ist, war vom syrischen Parlament abgelehnt worden. Infolgedessen hatte sich der französische Oberkommissär nach Paris begeben, um über die Wege zu beraten, wie der Widerstand des syrischen Parlamentes beseitigt werden könnte. Nach seiner Rückkehr aus Paris war sein Bestreben, durch mehr oder minder wichtige Konzessionen an die syrischen Nationalisten eine freundliche Atmosphäre für Frankreich zu erzielen. In diesem Bestreben veranlaßte er sogar die ihm absolut ergebene syrische Regierung des Ministerpräsidenten Hakky Bey el Azm zum Rücktritt (17. März 1934); dies trotz der engen persönlichen Beziehungen zwischen dem Oberkommissär und dem Ministerpräsidenten, nur um die syrischen Nationalisten zu gewinnen.

Ausgerechnet in dieser politischen Situation hielt es nun die Zionistische Exekutive für zweckmäßig, mit einem Vertrag aufzutreten, dessen Durchführung ohne Zustimmung der syrischen Regierung und des französischen Oberkommissärs nicht möglich war, und von dem sie wissen mußte, daß er von den syrischen Nationalisten als eine offene Kriegserklärung angesehen werden würde. Die Abneigung dagegen, daß jüdische Siedlungen auf der syrischen Seite des palästinensischen Grenzgebietes entstehen, richtet sich nicht gegen die Juden, sondern ist eine antienglische Stellungnahme. Die syrischen Nationalisten rechnen damit, daß jüdisch besiedeltes syrisches Grenzgebiet zu irgend einer Zeit von England in das palästinensische Mandatsgebiet einbezogen werden würde. Man kann in Syrien ganz offen davon sprechen hören, daß man kein zweites Metullah schaffen will. Es gehörte daher keinerlei prophetische Gabe dazu, um im voraus zu wissen, daß auf die erste Nachricht von diesem Bodnekauf hin nicht nur ein Sturm der Araber in den betreffenden Gebieten einsetzen wird, sondern daß sowohl die syrische Regierung als auch die Mandatsverwaltung diesem Sturm im vollen Umfange nachgeben wird, um nicht die angebahnte französisch-syrische Verständigung aufs Spiel zu setzen. Dies ist auch prompt eingetreten.

Einer Delegation des syrischen Parlamentes versicherte der neue Ministerpräsident, daß er bereits Anweisungen an die Gouverneure der Grenzgebiete gegeben habe, jedes Eindringen fremder Gesellschaften in diese Gegenden zu verhindern. Er bat die Delegation, der Bevölkerung die Nachricht zu übermitteln, „daß für ihren Boden keine Gefahr mehr besteht; der Zionismus würde nicht mehr in der Lage sein, von diesem Boden Besitz zu ergreifen".

Damit ist eine Aktion beendet, die mit ebensoviel Reklame wie Ungeschicklichkeit durchgeführt worden ist. Herr Weizmann hat vier Tage vor der Eröffnung des Aktionskomitees und unmittelbar vor seiner Abreise nach Syrien in einer großen Versammlung in Tel-Awiw geheimnisvolle Andeutungen darüber gemacht, daß der Zionismus in wenigen Tagen in der Lage sein würde, Mitteilungen über eine Erweiterung seiner Tätigkeitsgebiete zu machen, „für heute müsse man sich mit dieser Andeutung begnügen". Wenige Tage danach kehrte er in Begleitung von Herrn Schertok mit der Bestätigung des völigen Fiaskos seiner Bemühungen nach Jerusalem zurück.

Das Fazit dieser Aktion ist also nunmehr völlig zu übersehen. **Der geplante Bodenkauf ist für absehbare Zeit ein Traum. Die zionistische Organisation hat materielle Opfer nutzlos gebracht und einen neuen empfindlichen Verlust an Ansehen erlitten.** Durch das Aufrollen dieses Problems im ungeeigneten Zeitpunkt hat sie in Syrien Angriffe auf das Werk des Zionismus heraufbeschworen, da die Gefahr besteht, daß sich nunmehr die öffentliche Meinung in Syrien auch gegen Bodenkäufe außerhalb des Grenzgebietes wenden wird. Jedes Kind in Syrien kennt die Empfindlichkeit aller syrischen Kreise in bezug auf die palästinensischen Grenzgebiete. Ebenso bekannt war die Verordnung über den Verkauf oder die Verpachtung von Boden an Ausländer in diesen Grenzgebieten. Zudem gab es sowohl in Syrien als auch in Palästina genügend Menschen, von denen man wußte, daß sie über die Dinge orientiert sind und die man hätte befragen können. Daß dies nicht geschehen ist, ist lediglich ein Ausfluß der lächerlichen Eitelkeit und Wichtigtuerei, mit der blutige Dilettanten im Namen des jüdischen Volkes derartige Dinge behandeln. Die Rechnung für diese Eitelkeit und diesen Dilettantismus bezahlt das jüdische Volk.

Politikus.

◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

Alleinstehende ältere Weise, aus einem Rabbinerhaus, infolge langer Krankheit in größter Not, bittet, ihr beizustehen. Spenden nimmt die Red. »Der Judenstaat« entgegen.

Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs

Im dritten Wiener Gemeindebezirk ist die Mitgliederzahl bereits so stark angewachsen und das Interesse für den Revisionismus so rege, daß eine eigene »Bezirksgruppe Landstraße« gegründet werden konnte.

Der Ausschuß hat sich wie folgt konstituiert: Vorsitz: Dr. W. Perl, Ausschuß: David Bressler, Leo Hirsch, Dr. Richard Löw, S. M. Perlmann, Herma Tranner, Martin Tranner und N. Kalischer. Es fanden bereits zwei gut besuchte vorbereitende Versammlungen und eine Versammlung der im III. Bezirk wohnhaften »Betarim statt«.

Die große Gründungsversammlung findet am Donnerstag den 24. Mai 8 Uhr abend im Kaffee Lovrano, III., Löwengasse 36 statt. Redner: Kultusvorsteher S. Graubard, Dr. D. Bukspan.

Der Tel Hai-Fond

Am 1. Januar ist der Fond Tel-Chai in eine neue Arbeitsperiode getreten. Sein Programm, das ausschließlich der physischen Erziehung und dem Wehrsport gewidmet war, wurde bedeutend erweitert. Der Fond wird künftighin den größten Teil seiner Einkünfte für die Kolonisirungs - Arbeiten in Palästina (Bodenkauf, Bewässerung, Kreditanstalten, Ambulatorien usw.) und für die Unterstützung unserer Pioniere benützen.

Die Zentralverwaltung mußte ihre Administration der neuen Aktivität anpassen und ihre Arbeit vollständig reorganisieren. Heute gibt es schon 35 gut organisierte und aktive Landeskomitees, die unter der direkten Kontrolle der Zentralverwaltung in Paris arbeiten.

Keine Ausgabe darf ohne die vorherige Bestätigung der Zentralverwaltung gemacht werden. Für jeden ausgegebenen Betrag erhält die Zentralverwaltung ein entsprechenden Beleg. Für jeden gespendeten Betrag erhalten die Spender eine Bestätigung vom Quittungsblock des Tel-Chaj-Fonds. Alle Abschnitte werden dann an die Zentralverwaltung in Paris geschickt und dort kontrolliert.

Die Einkünfte sind noch nicht sehr bedeutend, es war uns jedoch schon möglich, eine gewisse Zahl Instruktorenkurse zu unterstützen und beträchtliche Geldsummen nach Palästina für die »Nationale Arbeiterorganisation« und andere wichtige Zwecke zu überweisen.

Diese nun ins Leben gerufene Organisation zählt schon an die 5000 Mitglieder. Wir müssen uns darum bemühen, unser Programm zu verwirklichen und unsere Pflicht dem nationalen Arbeiter gegenüber zu erfüllen.

Zu diesem Zwecke proklamieren wir eine Sammlung, deren Einkünfte für das zu schaffende Ambulatorium der nationelen Arbeiter bestimmt sind. **Das soll der erste Schritt zur Realisierung unseres Sanitätsplans (»Magen h'a Beriut«) sein.**

Es ist nicht nötig die Wichtigkeit dieser Aktion zu unterstreichen. Wir hoffen, daß alle Anhänger unserer Bewegung und Freunde des judenstaatlichen Pioniers mit allen Kräften diese Unternehmung unterstützen werden, um unseren Chaluzim die nötige medizinische Hilfe zu geben.

Die Zentralverwaltung
des Tel Chaj-Fonds.

Die Shevuot-Woche — Woche des Keren Tel-Hai

AUFFORDERUNG

Alle Mitglieder von Hazohar, Betar, Berit ha Hayyal, Weref, Berit Jeshurun, Masada, Nordija und Studentenverbindungen werden hiemit aufgefordert, sich während der Shewuot-Woche (vom 22. bis 29. Mai) ausschließlich der Keren Tel-Hai-Aktion zur Verfügung zu stellen. Diese Aufforderung betrifft auch die Chawerim, die bei der Petitionsaktion tätig sind; diese Chawerim müssen für die Keren Tel Hai-Sammlungen das gesamte Adressenmaterial, welches den Petitionskommissären zur Verfügung steht, ausnutzen und im Interesse des Fonds alle Personen aufsuchen, die die Petition unterschrieben haben.

Shilton Betar

Exekutiv - Komitee
der Weltunion der
Zionisten-Revisionisten.

Sabbath-Demonstranten in Tel Aviv Verhaftet

Tel Awiw, 3. Mai. 16 Mitglieder des Vereines »Schomre Schabbos« in Tel-Awiw wurden am letzten Sonnabend verhaftet, als sie jüdische Auto- und Motorradfahrer mit dem Hinweis auf die Sabbatheiligungspflicht am Weiterfahren hindern wollten, wobei es zu einer Schlägerei kam, in deren Verlauf mehrere Personen unter ihnen der intervenierende Polizeiinspektor Spector, leichte Verletzungen erhielten. Da die Verhafteten sich weigerten, die Pflicht auf sich zu nehmen, an den kommenden Sabbathtagen derartige Kundgebungen nicht zu wiederholen, wurde ihnen das Recht, gegen Hinterlegung einer Kaution aus der Haft entlassen zu werden, entzogen. Sie bildeten im Gefängnis ein »Minjan« und verrichteten kollektive Gebete.

Beschränkung der Ausübung der Rechtsbnwaltspraxis in Palästina.

Die Palästina-Regierung plant, die Zulassung zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in Palästina einzuschränken und jährlich nur noch fünf neue Rechtsanwaltslizenzen auszugeben. Die Jewish Agency hat mit den an dieser Frage interessierten Organisationen Fühlung genommen und beabsichtigt, bei der Palästina-Regierung Vorstellungen zu erheben, da durch die neuen Bestimmungen vor allem nach Palästina einwandernde deutsche Juden betrofefn werden würden. Der jüdische Juristenverband Palästinas hat sich entschieden gegen die Einführung einer Quote im Rechtsanwaltsberuf ausgesprochen.

Direkter Schiffsverkehr New York—Haifa

Cunard-Line und White Star Line planen die Einführung eines direkten Schiffsverkehrs zwischen New York und Haifa mit Zwischenlandung in Marseille.

Charakteristische Momente im Arlosoroff-Mordprozeß

Jerusalem

Zu Beginn der Sitzung am 8. Mai zog zunächst der Regierungsanwalt Musa Effendi el Alami den Zeugen Abdul Medschid ins Kreuzverhör. Auf seine Fragen erklärte Abdul Medschid, er sei aus der Haftzelle zu Captain Rice, dem Leiter der Untersuchungsabteilung, gebracht worden und habe auf dessen Fragen zunächst geantwortet, daß er nichts über den Mord an Dr. Arlosoroff wisse. Daraufhin sei Subhi el Zablawi zu Capitain Rice geholt worden, um Medschid mit Zablawi zu konfrontieren. Subhi Zablawi habe ihm mit den Augen gewinkt und habe auch gleich begonnen, zu erzählen, wie Abdul Medschid und Issa Darwish Arlosoroff ermordet hatten .

Auf Ersuchen des Verteidigers Horace Samuel wurde nun das erste Geständnis Abdull Medschids vor Captain Rice verlesen, in dem Medschid erklärte, Arlosoroff ermordet zu haben. Samuel fragte: »Hat Ihnen Captain Rice die Projektile gezeigt?« Medschid erwiderte: »Ja, Captain Rice zeigte mir vier Kugeln, von denen ich eine aussonderte, die der Kugel ähnelte, dié mir vorher im Gefängnis Rosenblatt gezeigt hatte. Auf Captain Rices Frage, was für eine Kugel zur Tötung Arlosoroffs benutzt wurde, erwiderte ich, daß es die Marke Nickel-Ross war«.

Auf Horace Samuels Ersuchen wurde auch das zweite Geständnis Abdul Medschids, das dieser vor Inspektor Shitr et abgelegt hatte, verlesen. Darin gibt Medschid weitere Einzelheiten über die Tötung Arlosoroffs.

Verlesen wurde nun ein Protokoll über das Zwiegespräch zwischen Medschid und Issa el Darwish während deren Konfrontierung im Büro des Captain Rice. Danach hat Issa el Darwish hartnäckig Medschids Aussage bestritten, daß er, Issa, zusammen mit Abdul Medschid den Mord an Arlosoroff ausgeführt hätte. Vor Gericht fügte Medschid noch hinzu, daß Subhi Zablawi ihn unterrichtet habe, wie er die Fragen an Issa stellen soll. Subhi, sagte Medschid, weiß alles; er war immer mit Stavsky und Rosenblatt zusammen, er erhielt 500 Pfund.

Medschid wurde nun über seine seinerzeitige Konfrontierung mit Frau Arlosoroff ins Kreuzverhör genommen. Er erklärte, daß er damals Frau Arlosoroff zum erstenmal gesehen habe. »Ich sagte ihr, »fuhr er fort, »was Subhi Zablawi mich zu sagen gelehrt hatte.« Medschid wich mehreren vom Verteidiger Samuel an ihn gestellten Fragen aus, so daß anschrie: »Sagen Sie „ja" oder „nein" Richter Corrie die Geduld riß und er ihn und berufen Sie sich nicht bei jeder Frage auf die angebliche Unterweisung durch Subhi!« Jetzt fragte Samuel: »Haben Sie Ihre Schuhe einen Monat nach Arlosoroffs Ermrdung weggeworfen?" Medschid erwiderte nicht. Auf weitere Fragen erklärte er, daß er die Wege in Tel Awiw und besonders den Weg zum moslemitischen liegt, kennt. Er habe einmal eine neuntägige Gefängnisstrafe verbüßt und kenne seither polizeiliche Geheimdienstagentén. Er habe auch schon von der Polizei Belohnung für ihr geleistete Dienste erhalten.

In der Nachmittagssitzung kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden Richter Corrie und dem Verteidiger Horace Samuel über die Technik des Kreuzverhörs. Corrie wollte Fragen Samuels nicht zulassen, die Medschid bereits beantwortet hatte und fügte hinzu, zu Samuel gewendet: »Jetzt verstehe ich, warum Sie im Vorverfahren Medschid fünf Tage lang unter Kreuzverhör hielten.«

Samuel fragte Medschid: »Sie geben zu, für die Polizei gegen Belohnung gearbeitet zu haben?« Medschid: »Ja«. Samuel: »Wie wurden Sie bezahlt?« Medschid: »Mir wurde für jede Information eine Belohnung gegeben.« Samuel: »Wie oft waren Sie in Tel-Awiw?« Medschid: »Ich ging immer nach Tel Awiw, wenn ich Einkäufe machen oder das Kino besuchen wollte. Meist ging ich an den Freitag-Abenden dorthin.« (Medschid vergaß, daß an den Freitag-Abenden die Geschäfte in Tel Awiw geschlossen sind.) Samuel fragte weiter: »Warum sagten Sie dem Polizeirichter, daß Sie an Freitagen nicht nach »Tel Awiw« gehen? Medschid: »Das konnte ich nicht gesagt haben, weil ich doch an Freitagen dorthin ging.« Samuel: »Sie sagten, daß Sie an Freitagen nicht nach Tel-Awiw gingen, denn Sie hatten Furcht!« Medschid: »Was sollte ich »fürchten?« Samuel: »Weil Arlosoroff an einem Freitag ermordet wurde.«

Im weiteren Verlauf bestritt Medschid jüdischen Mädchen nachgelaufen zu sein, erklärte aber, daß sein Freund Issa Projektile der Marke Nickel-Ross besaß.

Bezüglich der Tötung des Barbiers Lufti erklärte Medschid, ur und Issa hätten Lufti wegen Familienrache den Kopf abgeschnitten, bestritt aber, Arlosoroff getötet zu haben. Er habe erfahren, daß Arlosoroff eine wichtige Person gewesen sei, habe aber nicht aus politischen Gründen sein Geständnis zurückgezogen.

Das Verhör mit Medschid wirdt fortgesetzt.

In der Sitzung vom 10. Mai wiederholte Abdul Medschid mit größter Bestimmtheit, daß sein anfängliches Geständnis, wonach er und Issa el Darwish Dr. Arlosoroff ermordet hatten, kein Produkt eigener Initiative war, sondern nichts anderes war, als eine Wiedergabe von Erklärungen, die Subhi Zablawi sowie auch Stavsky und Rosenblatt sorgfältig mit ihm einstudiert hätten.

Horace Samuel fragte nach dem Verbleib der Planskizze, die Abdul Medschid während seines ersten Verhörs vor dem Polizeigericht gezeichnete Planskizze bei der Polizei nicht mehr aufzufinden ist.

In der Nachmittagssitzung am 10. Mai kam es zunächst zu einem dramatischen Wortgefecht zwischen dem Verteidiger Horace Samuel und dem Zeugen Abdul Medschid. Samuel beschloß dieses Zwiegespräch mit den, dem Gericht zugewandt, gesprochenen Worten:

»Ich werde dem Gericht beweisen, daß Abdul Medschid und Issa el Darwish den Mord an Doktor Arlosorofr ausgeführt haben.«

Als Samuel versuchte, weitere Fragen von — nach der Meinung des Gerichtes — minderer Wichtigkeit an Medschid zu stellen, unterbrach ihn der Vorsitzende Richter Corrie mit der Bemerkung, er möge nicht immer Altes wiederholen, das Gericht könne nicht allzu viel Zeit mit dergleichen vergeuden. Samuel erklärte, er wolle durch diese Fragen beweisen, daß zwischen den Aussagen Medschids vor der Polizei und ejtzt hier vor Gericht viele Widersprüche vorhanden sind. Ferner wolle er beweisen, daß weder Subhi Zablawi, noch Stavsky oder Rosenblatt es unternommen haben, Medschid zu belehren, wie er auszusagen habe. Medschid geriet nun in Erregung und nannte Samuel vor Gericht einen Lügner, ohne daß das Gericht ihm eine Rüge erteilte.

Samuel fragte Medschid: »Hatten Sie nicht zu dem die Untersuchung führenden Polizeirichter geäußert, »Mord sei nicht Ihr einziges Verbrechen?« Medschid erwiderte: »Alles, was Sie sagen, ist Lüge.« Samuel: »Sagten Sie nicht Stavsky, Ihre Hosen hätten einen Blutfleck?« Medschid. »Kulli kizeb.« (All das ist Lüge.)

Samuel fragte wieder: »Wann war es, als Sie sich bereit erklärten, Geld für das Geständnis zu nehmen?« Medschid erwiderte: »Nachdem Subhi mich unterwiesen hatte.« Samuel: »Wann sollten Sie das Geld bekommen?« Medschid: »Wir kamen überein, daß ich das Geld nach Ablegung des Geständnisses erhalten sollte.« Samuel: »Baten Sie um Vorschüsse?« Medschid: »Nein wir kamen überein, daß ich die gesamte Summe erhalte, wenn alles arrangiert sein wird.« Samuel: »Wie kommt es, daß Sie ein solches Vertrauen hatten?« Medschid: »Ich sollte das Geld in der Zelle erhalten, es in meinen Kleidern verbergen und es auf diese Weise herausbringen.« Samuel: »Sagten Sie nicht, Sie und Issa waren an dem Abend, an dem Arlosoroff getötet wurde, an der Küste?« Medschid: »Das ist eine Lüge.«

Damit war Medschids Kreuzverhör durch Samuel beendet. Dann begann das Kreuzverhör mit Medschid durch den Regierungsanwalt Musa Effendi el Alami.

Der Regierungsanwelt Musa el Alami fragte, den Zeugen Abdul Medschid, ob sein Bruder Abdul Hadi, der sich in der gleichen Zelle wie er befand, géwußt habe, was Stavsky und Rosenblatt jedesmal mit ihm besprachen. Abdul Medschid erwiderte, sein Bruder habe ihn einmal darum gefragt, und er habe ihm gesagt, daß es sich bei diesen Gesprächen um den Arlosoroff-Fall handle, daß ihm Geld angeboten werde, und daß man ihn über Details unterrichte.

Hier griff zum erstenmal das jüdische Mitglied des Gerichthofes, Richter Valero, ein und fragte Abdul Medschid in arabischer Sprache: »Ist Ihnen Geld anboten worden?« Der Zeuge bejahte die Frage. »Und Subhi auch?« — »Jawohl.« — »Sollten Sie dieses Geld mit Issa el Darwish teilen?« — »Jawohl.«

Der Regierungsanwalt kündigte daraufhin an, daß er sich genötigt sehe, Abdul Hadi als Zeugen vorladen zu lassen.

Der nächste Zeuge, Schanun Suleiman, ein Zellengenosse Abdul Medschids, sagte aus, er sei zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er einen Araber durch einen Dolchstich verletzt hatte. Erst sei er allein in der Zelle gewesen, dann seien Abdul Medschid und dessen Bruder Abdul Hadi in die Zelle gebracht worden. Er habe beobachtet, wie Stavsky und Rosenblatt acht- oder neunmal mit Abdul Medschid sprachen. Auch Achi Meir habe einmal gesprochen. Alle hätten hebräisch gesprochen, sich jedoch nie lange dabei aufgehalten. Vom Verteidiger befragt, erklärte Schanun Suleiman, er sei von der Polizei niemals mit Abdul Medschid konfrontiert worden. Auf weitere Fragen R.-A. Samuels erklärte der Zeuge, daß Rosenblatt und Stavsky nur zweimal gekommen seien. Achi Meir sei nur ein einziges Mal erschienen. Richter Corrie bemerkte: »Vorhin haben sie gesagt, Rosenblatt und Stavsky seien acht- oder neunmal gekommen.« Auf diese Bemerkung des Vorsitzenden erwiderte der Zeuge nichts.

In der Nachmittagssitzung am 10. Mai stand in der Zeugenbank Subhi Zablavi, jener arabische Sträfling, der nach Abdul Medschids Behauptung den Vermittler zwischen ihm und Stavsky-Rosenblatt gemacht hat.

Zablawi sagte aus, er kenne die beiden Brüder Abdul Medschid und Abdul Hadi und wisse, daß sie wegen Ermordung des Barbiers Lutfi verhaftet wurden. Vom Arlosoroff-Mord wußte er nöch vor seiner Verhaftung. Er traf Stavsky, Rosenblatt und Achi-Meir im Jaffaer Gefängnis. Später, im Jerusalemer Gefängnis, sprach er mit Abdul Medschid über den Arlosoroff-Mord und machte ihm das Angebot von 1000 Pfund, wenn er die Schuld auf sich nehme. Der Regierungsanwalt Musa el Alami fragte hier Zablawi: »Wer trug Ihnen auf, Abdul Medschid dieses Angebot zu machen?«

Zablawi nannte den den jüdischen Polizisten Urphali, der seinerzeit im Zusammenhang mit den August-Unruhen 1929 wegen Tötung von zwei Arabern verurteilt worden war, und erklärte, ihm seien 500 Pfund zugesichert worden. Er erzählte weiter, Stavsky und Rosenblatt hätten Medschid genau instriert, wie er den Mord an Arlosoroff schildern solle. Medschid hätte ihm darüber genaue Mitteilungen gemacht und er, Zablawi, habe dem Capitain Rice alles erzählt.

Jetzt nahm Verteidiger Samuel den Zeugen Subhi Zablawi ins Kreuzverhör. »Erinnern Sie sich,« fragte er ihn, »daß Medschid, von einem »bedeutenden jüdischen Doktor« sprach?« Zablawi: »Ja.« Samuel: »Sagte Ihnen nicht Medschid, daß, wenn Issa Darwish die Teilnahme am Lufti-Mord leugnet, noch ein anderer Mord da ist, den die beiden begingen?« Zablawi: »Ja.« Samuel: »Fragten Sie Medschid, welcher zweite Mord gemeint ist?« Zablawi: »Dies ist in dem Protokoll meiner Aussage verzeichnet.«

Samuel verliest nun Subhis Aussage. »Medschid gab zuerst nicht zu, Lufti ermordet zu haben, weil er hoffte, daß dieser Mord, wie ein ähnlicher früherer Mord, unaufgeklärt bleiben ward.« Auf Samuels Frage bestreitet Subhi, Medschid ermahnt zu haben, sich das Datum des Arlosoroff-Mordes zu merken, bestätigt aber, daß Medschid ihm bestimmt gesagt habe, daß Issa eine Nickel-Ross-Waffe besitzt. Er wisse nicht, warum Medschid nicht gleich gestand, Lufti ermordet zu haben.

Richter Corrie verlas aus dem Polizeiprotokoll über Subhis Einvernahme die folgende Stelle: »Medschid sagte mir, daß sein jetziges Verbrechen ebenso unaufgeklärt bleiben wird wie ein früheres.« Subhi erklärt nun vor Gericht: »Ja, Medschid sagte mir diese Worte im Gefängnis.« Samuel: »Sagte er Ihnen, daß der frühere Mord in Tel-Aviv begangen wurde?« Als Antwort verliest Corrie dei bezügliche Stelle aus Subhis Aussage vor der Polizei: »Medschid sagte mir, es war der Arlosoroff-Mord.«

Von Samuel ins Kreuzverhör gezogen, wiederholte Subhi Zablawi die Schilderung Medschids, wie er, Medschid, über den Mord aussagen werde, und fügte hinzu: Medschid sagte noch, er und Issa haben, als sie Arlosoroff und Sima zur Baracke folgten, Sima sagen hören, sie fürchte sich, sie sollten nun zurückkehren. Medschid und Issa folgten ihnen weiter. Medschid leuchtete und Issa feuerte.« Samuel: »Versuchte der jüdische Mann, Issa den Revolver zu entreißen?« Subhi: »Ja.« Samuel: »War es Issa, der feuerte?« Subhi: »Ja. Die Frau schrie auf und der Mann fiel hin.« Samuel: »Sagte Ihnen Medschid, daß er nach Trangsjordanien zu fliehen gedachte?« Subhi: »Ja. Ich habe der Polizei auch erzählt, daß Medshid mir sagte, er wolle den Arlosoroff-Mord gestehen und auch, daß Issa mit einer Nickl-Ross-Waffe geschossen habe.« Samuel: Erinnern Sie sich, gesagt zu haben, daß Medschid nicht nach Transjordanien floh, weil er hörte, daß ein Jude als des Mordes verdächtigt verhaftet wurde?« Subhi: »Ja.« Regierungsanwalt Alami: »Haben Sie in Ihrer letzten Aussage alles Obige bestritten?« Subhi: »Ja, nur was ich heute vormittag aussagte, ist Wahrheit.« Richter Corrie: »Sagte Ihnen jemand, was Sie Medshid beizubringen haben?« Subhi: »Ja.« Corrie: »Wer sagte es Ihnen?« Subhi: »Urphali.« Corrie: »Sprachen Sie mit dem einen oder dem anderen der Angeklagten über Medshids Geständnis?« Subhi: »Nein. Ich konnte nicht mit ihnen sprechen.« »Sprechen Sie nicht Hebräisch?« Subhi »Ja.« Corrie: »Sind Sie nicht mit einer Jüdin verheiratet?« Subhi: »Ja, mit einer orientalischen Jüdin.«

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten - Revisionisten Oesterreichs, Wien, I., Adlergasse 4, für den Inhalt verantwortlich Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, IX., Liechtensteinstraße Nr. 21. Telephon Nr. A 16-1-14